

23. November 2022

Herrn
Kreistagsvorsitzenden
André Stolz
Heimbacher Str.7
65307 Bad Schwalbach

77/22

Antrag

49 Euro Ticket wird begrüßt

Sehr geehrter Herr Stolz,

wir bitten Sie den nachstehenden Antrag auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 20.12.2022 zu nehmen:

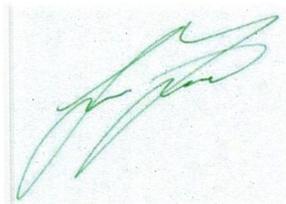
Der Kreistag möge beschließen:

1. Der Kreistag begrüßt die geplante Einführung des bundesweiten 49 €-Tickets für den öffentlichen Personennahverkehr. Die damit einhergehende radikale Vereinfachung der Tarifstruktur und Vergünstigung des Fahrpreises stärken die Attraktivität des öffentlichen Verkehrs.
2. Der Kreistag fordert die hessische Landesregierung und die Bundesregierung auf, eine Vereinbarung mit dem RMV zu treffen, der einen dauerhaften und vollständigen Ausgleich, der im Vergleich zum aktuellen Tarifsysteem zu erwartenden Fahrgeldmindereinnahmen enthält. Dieser Ausgleich muss in vollem Umfang zusätzlich zu der bisherigen finanziellen Ausstattung des RMV durch das Land Hessen und den Bund erfolgen. Die Landesregierung wird aufgefordert, keinerlei Vereinbarungen mit dem Bund zur Einführung des 49 €-Tickets zu treffen, bevor der vorstehende Ausgleich für den RMV sichergestellt ist.
3. Der Kreistag fordert die hessische Landesregierung und die Bundesregierung auf, den RMV und die RTV - zusätzlich zu deren bisheriger finanzieller Ausstattung und dem Ausgleich zu erwartender Fahrgeldmindereinnahmen - mit hinreichend finanziellen Mitteln auszustatten, um das ÖPNV-Angebot im Verbundgebiet an die infolge der Einführung des 49 €-Tickets zu erwartende erheblich steigende Verkehrsnachfrage sowohl durch Ausweitung der Kapazitäten als auch durch Infrastruktur-Ausbaumaßnahmen anzupassen.

Begründung:

Die Attraktivitätssteigerung des ÖPNV durch ein bundesweites 49 €-Ticket ist dem Grunde nach zu begrüßen. Für den Rheingau-Taunus-Kreis bedeutet dies allerdings massive Ausfälle bei den Fahrgeldeinnahmen bei gleichzeitig zu erwartender steigender Nachfrage. Dies stellt die Haushalte des Kreises und seiner angehörigen Kommunen vor eine Aufgabe, die schlicht nicht leistbar ist. Die angespannte Haushaltslage macht es nahezu flächendeckend nötig, freiwillige Leistungen zu hinterfragen, um die Leistungsfähigkeit der Kommunen zu sichern. Eine Ausweitung der freiwilligen Leistung ÖPNV-Angebot über das aktuelle Maß hinaus ist daher nicht verkraftbar.

Darüber hinaus ist bundesweite 49 €-Ticket ein Projekt des Bundes und der Länder. Sie sind deshalb im Sinne des Konnexitätsprinzips in der Pflicht, die daraus erwachsenden finanziellen Lasten vollständig zu tragen. Daher kann es ein solche Projekt nur geben, wenn zum einen die Fahrgeldmindereinnahmen vollständig von Bund und Ländern ausgeglichen und sie gleichzeitig die notwendigen Mittel bereitstellen, um die zusätzliche Verkehrsnachfrage bedienen zu können.



Sandro Zehner
Vorsitzender
CDU-Kreistagsfraktion